



Presseschau vom 09.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalia Pawlowa: Bergkarabach: Krieg bis zum bitteren Ende unmöglich – Expertenmeinung

Ein siegreicher Krieg in Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan ist aufgrund der begrenzten Ressourcen auf beiden Seiten unmöglich, Kompromissbereitschaft sei bei den Parteien allerdings keine vorhanden. Der Kaukasus-Experte Stanislaw Pritschin hat in einem Sputnik-Interview die Wurzeln des Konfliktes analysiert. ...

<https://sptnkne.ws/DVgQ>

de.sputniknews.com: Bei Nawalny wurde keine Vergiftung diagnostiziert – Interview mit behandelndem Toxikologen, Teil 1

Der Cheftoxikologe des Föderalen Bezirks „Sibirien“ sowie des Gebiets Omsk und Abteilungsleiter des Krankenhauses Nr. 1 der Stadt Omsk Dr. med. Alexander Sabajew gewährt in einem Interview detaillierte Einblicke in die Behandlung Alexej Nawalnys, bevor der oppositionelle Blogger nach Deutschland ausgeflogen wurde. ...

<https://sptnkne.ws/DVnF>

de.sputniknews.com: Chemisches Trauma? Toxikologe aus Omsk bewertet Nawalnys Aussehen – Teil 2

Der Cheftoxikologe des Föderalen Bezirks Sibirien und des Gebiets Omsk, Dr. med. Alexander Sabajew, ist in einem kürzlich erschienenen Interview zu Alexej Nawalny auf das

Thema Vergiftung mit einem Giftstoff und deren äußere Merkmale eingegangen. ...
<https://sptnkne.ws/DV2u>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Russische Journalisten bei Beschuss in Karabach verletzt**

Der russische Journalist Juri Kotenok ist bei einem Schlag auf Kazanchetsots, den Haupttempel der karabachischen Stadt Schuschi, schwer verletzt worden, berichtet RIA Novosti aus dem Pressezentrum der nicht anerkannten Republik Bergkarabach. Der Militärkorrespondent befindet sich in ernstem Zustand, die Ärzte kämpfen um sein Leben, hieß es.

Zudem seien zwei weitere Russen betroffen worden: der Journalist Lewon Arsanow und die Begleitperson Grant Baladjan. Ihre Verletzungen seien geringfügig.

"Der Zustand von Juri Kotenok wird als äußerst schwerwiegend und instabil eingestuft. Der Zustand von Lewon Arsanow und Grant Badaljan ist moderat. Nichts bedroht ihr Leben", so das Außenministerium der Republik.

Zuvor hatte das Einheitliche Informationszentrum Armeniens erklärt, dass die Streitkräfte Aserbaidschans einen Schlag auf die im 19. Jahrhundert erbaute Kathedrale des Heiligen Christus des Allretters geführt haben. Im Gegenzug betonte Baku, dass sie nicht auf historische, kulturelle und religiöse Gebäude zielen würden.

Anschließend wurden von Drohnen Bomben auf Schuschi abgeworfen und mehrere Schläge auf Stepanakart, die Hauptstadt der nicht anerkannten Republik Bergkarabach, geführt. ...

de.sputniknews.com: **China wird für Ausbreitung von COVID-19 bezahlen – Trump**

China wird laut dem US-Präsidenten Donald Trump für die Ausbreitung des Coronavirus „einen hohen Preis zahlen“.

„Es war nicht eure Schuld, dass dies passiert ist. Es war Chinas Schuld. Und China wird einen hohen Preis für das zahlen, was sie diesem Land angetan haben. China wird einen hohen Preis für das zahlen, was sie der Welt angetan haben. Dies war Chinas Schuld. Denken Sie daran“, sagte Trump in einer Videobotschaft auf seinem Twitter.

In dem Video hat er zudem mitgeteilt, wie er nach der Coronavirus-Ansteckung behandelt worden ist. „Sie gaben mir Regeneron und auch andere Dinge, aber dieses war der Schlüssel. Ich fühlte mich sofort besser“, sagte Trump.

„Wir haben Regeneron und ein sehr ähnliches Medikament von Eli Lilly, sie werden verteilt [...] Ich habe es genehmigt“, fügte der US-Präsident hinzu.

Die USA hätten Hunderttausende von praktisch fertigen Dosen. Er habe die Berechtigung zur Verwendung im Notfall festgelegt, und sie müsse jetzt unterschrieben werden.

„Ich möchte, dass jeder die gleiche Behandlung hat, die der Präsident hatte“, sagte der Präsident. Laut seinen Worten werden die Medikamente kostenlos zur Verfügung gestellt.

Am Freitag war bekannt geworden, dass sich Trump mit dem Coronavirus angesteckt hat. Am Montag rief er die Amerikaner auf, keine Angst vor dem Virus zu haben.

Coronavirus-Impfstoff nach US-Wahlen

Dem US-Präsidenten zufolge wird es nach den US-Wahlen im November einen Coronavirus-Impfstoff geben.

„Wir haben eine Menge Impfstoffe in der Endphase der Impfstofftests [...] Wir werden sehr bald einen großartigen Impfstoff haben. Ich denke, wir sollten ihn vor den Wahlen haben, aber offen gesagt, die Politik greift ein. Das ist okay. Sie wollen ihre Spiele spielen. Es wird ihn gleich nach den Wahlen geben“, so Trump in seiner Videobotschaft.

Coronavirus in den USA

Nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität sind in den USA bislang mehr als 7,5 Millionen Infektionen registriert worden. Mehr als 210.000 Menschen sind demnach an den Folgen von

Covid-19 gestorben. Täglich werden in den USA zwischen 30.000 und 55.000 Neuinfektionen registriert.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0b/327926594_0:78:3000:1701_1000x0_80_0_1_15465eb9a7285516fa2a315347c5ca79.jpg

de.sputniknews.com: **Karabach-Konflikt: Österreich bietet Armenien und Aserbaidshan Wien als Verhandlungsort an**

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz hat am Donnerstag Aserbaidshan und Armenien angeboten, zu direkten Verhandlungen in Wien zusammenzukommen, um den Konflikt in Bergkarabach beizulegen. Das wurde am Donnerstag in der österreichischen Hauptstadt mitgeteilt.

Kurz äußerte Besorgnis über die andauernde Eskalation in Bergkarabach. Eine militärische Lösung des Konflikts gebe es nicht, sagte er und rief die Konfliktseiten auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen.

Zudem plädierte Kurz für Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Minsker OSZE-Gruppe für Bergkarabach.

In einem Telefonat mit Armeniens Ministerpräsident Nikol Paschinjan habe er die Hoffnung auf eine friedliche Lösung geäußert, twitterte der Kanzler.

„Österreich ist immer ein Dialograum gewesen, und wir bestehen weiterhin auf Deeskalation und direkte Verhandlungen“, schrieb Kurz. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/08/328124855_0:187:3068:1847_1000x0_80_0_1_d2ef6555c51bbab0219f9fe412a56651.jpg

de.sputniknews.com: **USA verhängen weitere Sanktionen gegen Teheran – 18 iranische**

Banken betroffen

Die Vereinigten Staaten setzen ihren harten Kurs gegen den Iran fort: Das US-Finanzministerium hat 18 iranische Banken auf seine Sanktionsliste gesetzt.

Wie aus einer Mitteilung des Finanzministeriums hervorgeht, sind davon Finanzunternehmen wie Amin Investment Bank, Bank Keshavarzi Iran, Bank Maskan, Iran Zamin Bank betroffen. Demnach würden sie die „böswilligen Aktivitäten“ der iranischen Regierung finanzieren. Laut dem Finanzminister der Vereinigten Staaten, Steven Mnuchin, wollen die USA mit diesen Strafmaßnahmen dem unrechtmäßigen Zugriff auf US-Dollar ein Ende bereiten.

„Unser Sanktionsprogramm geht weiter, bis der Iran aufhört, den Terrorismus zu unterstützen, und sein Atomprogramm abwickelt“, sagte Mnuchin.

Bereits im August verhängten die USA auf Anordnung des Präsidenten Donald Trump Sanktionen gegen das iranische Verteidigungsministerium, welche auf die Militärindustrie Irans abzielen und das Waffenembargo wieder in Kraft treten lassen. Die Verhängung galt auch für Organisationen und einige Personen, die im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm stehen sollen.

Im August kündigte US-Außenminister Mike Pompeo die Wiedereinführung der UN-Sanktionen gegen den Iran an, obwohl dieser Vorstoß innerhalb der Vereinten Nationen auf Ablehnung stieß. Die Islamische Republik Iran bezeichnete er als „weltweit wichtigsten Sponsor von Terrorismus und Antisemitismus“ und begründete die Sanktionen mit der „Kampagne des maximalen Drucks“ auf Teheran.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/08/328124939_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_70f8ee6458dc6cef5043839be3837bf8.jpg

de.sputniknews.com: Putin ruft zu Waffenruhe in Bergkarabach auf – für Gefangenenaustausch und Übergabe der Gefallenen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat Aserbaidshan und Armenien zur Waffenruhe im Bergkarabach-Konflikt aufgerufen. Dies begründete er mit humanitären Gründen. Unter anderem soll Putin die Außenminister beider Länder zu Verhandlungen nach Moskau eingeladen haben.

Wie es heißt, soll zwischen den Konfliktparteien ein Gefangenenaustausch und die gegenseitige Übergabe der gefallenen Militärangehörigen erfolgen. Putin habe mit dem aserbaidshanischen Präsidenten Ilham Alijew und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan diesbezüglich mehrere Telefongespräche geführt, teilte der Pressedienst des Kreml mit. Des Weiteren habe er die Außenminister beider Länder zu Verhandlungen nach Moskau eingeladen, hieß es weiter. Das Treffen soll bereits am Freitag stattfinden. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/05/328081763_0:0:3002:1625_1000x0_80_0_1_01429dcae0f2319a42f9d884cd52d69e.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: Vorwurf aus Washington: Russland versucht, Entwicklung von US-Corona-Impfstoff zu verhindern

Der Chef des amerikanischen Zentrums für Spionageabwehr und Sicherheit (National Counterintelligence and Security Center), William Evanina (Bill Evanina), hat Russland, China und dem Iran vorgeworfen, die USA an der Entwicklung eines eigenen Corona-Impfstoffes hindern zu wollen.

„Ich würde wohl sagen, dass China, Russland und der Iran (...) definitiv versuchen, uns beim Erlangen des Impfstoffs zu hindern“, sagte er gegenüber der Sendeanstalt „Hearst“. Beweise legte er dafür keine vor.

Darüber hinaus äußerte er, dass ausländische Geheimdienste daran arbeiten würden, den amerikanischen Impfstoff zu stehlen und dessen Entwicklung zu verhindern. Dass es Russland gelingen werde, seinen Covid-19-Impfstoff auf den globalen Markt zu bringen, bezweifelte Evanina.

In den Vereinigten Staaten werden derzeit einige Corona-Impfstoffe klinisch getestet, die von Unternehmen wie Moderna, Pfizer und AstraZeneca hergestellt worden sind.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump in Aussicht gestellt, dass der Impfstoff gegen Covid-19 bis zu den Präsidentenwahlen am 3. November in den USA fertiggestellt werden könnte. Der Chef der US-Hygieneaufsichtsbehörde für Lebensmittel und Medikamente (FDA), Dr. Stephen Hahn, hatte vor Kurzem seine Bereitschaft bekanntgegeben, dem Impfstoff gegen das Coronavirus noch vor dem Abschluss der dritten Testphase grünes Licht zu geben, wenn der Vorteil mögliche Risiken überwiegen sollte. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen festgestellt.

de.sputniknews.com: Sitzung von dänischem Parlament: Unbekannte Person gibt sich für Tichanowskaja aus

Eine unbekannte Person hat sich bei einer Online-Sitzung des Ausschusses für Außenpolitik des dänischen Parlaments für die ehemalige weißrussische Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja ausgegeben. Das geht aus einer offiziellen Pressemitteilung des Folketings hervor.

Das Online-Treffen fand demnach am 6. Oktober statt. Auf der Agenda stand die aktuelle politische Situation in Weißrussland.

Zu Beginn der Zusammenkunft soll sich eine Person als Swetlana Tichanowskaja vorgestellt und darüber informiert haben, dass ihre Webcam nicht funktioniere.

40 Minuten später wurde laut der Mitteilung den Sitzungsteilnehmern klar, dass da etwas nicht stimmte. Das Treffen wurde abgebrochen.

Laut dem Folketting wurde während der Sitzung „nichts gesagt, was dem außenpolitischen Kurs Dänemarks schaden“ könnte. Später sei man nach dem Kontakt mit Kollegen von Tichanowskaja zu dem Schluss gekommen, dass bei dem Treffen eine Person dabei gewesen war, die sich für die Ex-Präsidentschaftskandidatin ausgegeben hatte.

Künftig werde eine eingeschaltete Kamera bei Online-Verhandlungen mit ausländischen Partnern obligatorisch sein. ...

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. Oktober 3:00 Uhr bis 9. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden betruht die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 2.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: Antipanzerlenkraketen - 1 mal (2 Raketen), Granatwerfer – 1 mal (3 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Terminal, Station „Donezk-Sewernyj“).**

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 5.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Außerdem wurden folgende Fälle von **Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt:

- um 15.30 Uhr wurden vier Detonationen im Gebiet von Peski festgestellt;

- um 16:45 Uhr wurden drei Detonationen im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 2.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Armenien und Aserbaidtschan bestätigen Teilnahme an Beratungen in Moskau

Aserbaidtschan und Armenien haben ihre Teilnahme an den Beratungen in Moskau bestätigt. Dies gab die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bekannt.

„Es läuft eine aktive Vorbereitung“, fügte sie hinzu.

Das Treffen wird laut ihren Aussagen auf Außenministerniveau stattfinden.

Am Donnerstagabend war berichtet worden, dass Russlands Präsident Wladimir Putin Aserbaidtschan und Armenien zur Waffenruhe im Bergkarabach-Konflikt aufgerufen hatte.

Darüber hinaus lud der russische Staatschef die Außenminister beider Länder zu Verhandlungen am 9. Oktober nach Moskau ein. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/09/328126238_0:386:3072:2048_1000x080_0_1_a44e35b20aba2b314a15bd134f631e48.jpg

Lug-info.com: In der DVR sind am 9. Oktober um 9:00 Uhr 1153 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 848 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 45 Todesfälle.

deu.belta.by: **Lukaschenko: Nur innere Stabilität garantiert das Bestehen von Belarus**

Nur innere Stabilität garantiert das Bestehen von Belarus. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in der Besprechung zu aktuellen Fragen.

„Wir müssen verstehen, dass wir unter präzedenzlosen Verhältnissen äußerer Turbulenz existieren. Nur innere Stabilität garantiert das Bestehen von Belarus. Wenn wir die Stabilität innerhalb des Landes bewahren, dann überleben wir, wenn nicht, dann werden wir geteilt“, sagte das Staatsoberhaupt.

Er machte darauf aufmerksam, dass er schon vor den Wahlen vor vielen Gefahren und Herausforderungen warnte, mit denen das Land konfrontiert wird. Wenn die Belarussen als Volk existieren möchten, wenn Belarus eine Nation sein soll, müssten sich die Menschen zusammenschließen und standhalten, unterstrich Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1602234745_53133_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 8. Oktober wurden in der DVR 200 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

In den letzten 24 Stunden wurden 22 Personen nach zweimaligem negativen Test als gesund entlassen.

Außerdem gab es 16 Todesfälle – Männer im Alter von 75 und 62 Jahren und Frauen im Alter von 50 bis 96 Jahren.

Am 9. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4362 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1863 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2228 als gesund entlassen, es gibt 271 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Krise in Kirgistan: Präsident akzeptiert Rücktritt des Ministerpräsidenten**

Kirgistans Präsident Sooronbai Dscheenbekow hat den Rücktritt des Ministerpräsidenten Kubatbek Boronow akzeptiert. Auch die Regierung gilt nach Massenprotesten und der annullierten Parlamentswahl in dieser zentralasiatischen Republik als aufgelöst. Laut der Pressestelle von Dscheenbekow werden der Ministerpräsident, der erste Vize-Premier, die Vize-Premiere und Regierungsmitglieder ihre Befugnisse bis zur Bildung einer neuen Regierung erfüllen.

Zuvor am heutigen Donnerstag stellte Dscheenbekow seinen Rückzug in Aussicht. Zuvor müsse aber ein neues Kabinett benannt werden.

Seit Montag kommt es zu Massenprotesten in Kirgistan. Demonstranten – Anhänger der Parteien, die den Einzug ins Parlament nicht geschafft haben – fordern in der Hauptstadt Bischkek und in anderen Städten, die Wahlergebnisse zu annullieren und Neuwahlen durchzuführen. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gelang es den Protestlern, das Parlamentsgebäude, wo sich auch die Präsidentialadministration befindet, unter Kontrolle zu nehmen.

Der Ministerpräsident Boronow verkündete seinen Rücktritt. Präsident Dscheenbekow befindet sich laut seinem Pressesprecher in Bischkek und „kontrolliert die Situation“. Er hat die Opposition mehrmals zum Dialog aufgerufen, zu offiziellen Verhandlungen ist es bislang aber nicht gekommen. Die Führer der oppositionellen Parteien können sich bislang nicht einigen, wer die Übergangsregierung führen soll.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/09/328126395_0:212:3002:1836_1000x080_0_1_02b85676cd9e5e77765bc69a99cf8639.jpg

de.sputniknews.com: **Nowitschok-Erfinder zu Fall Nawalny: „Es gibt keine Beweise für Vergiftungstheorie“**

Die Stoffe, die von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in den Proben des russischen Bloggers Alexej Nawalny gefunden worden sind, sind selbst laut einem der Entwickler des Nervengifts „Nowitschok“, Leonid Rink, keine giftigen Kampfstoffe und

können unter anderem in Haushaltschemie enthalten sein.

Das Wort „Vergiftung“ passt aus Rinks Sicht in dem Kontext nicht. Wenn es ein Fragment gegeben habe, sei es wenig toxisch gewesen, „deswegen konnte man sich damit nicht vergiften.“ Nur wenn man eine halbe Flasche oder einen Eimer trinke, so Rink.

„Das Wort ‚Giftstoff‘ passt schon nicht, weil es in der Klassifizierung von Giftstoffen fehlt“, so Rink in einem Interview mit dem Generaldirektor der russischen Nachrichtenagentur

„Rossiya Segodnya“, Dmitri Kisseljow.

„Die Fragmente, die sie gefunden haben, passen zu keinem registrierten Giftstoff. Sie haben also einen Bestandteil entdeckt, der von jeglichem Wasch-, oder Putzmittel, oder von einem gegossenen Amin herrühren kann (...). Nicht von einem Amin, sondern einem Amid, wie sie behaupten“, erläuterte er.

„Irgendein Amid. Giftstoffe im Bereich der Amide sind nicht effektiv. Das sage ich als Person, die ziemlich lange in diesem Bereich gearbeitet hat... Das ist absolut nicht toxisch.“

Rink betonte, es sei unmöglich, festzustellen, welches Fragment bei der OPCW gefunden wurde, weil die Organisation das nicht mitteile.

„Darüber hinaus kann es bei der Einnahme von Medikamenten oder beim Genuss von Alkohol mit Gerbstoffen entstehen.“

Keine Beweise

Ferner gab Rink zu bedenken, dass seine ehemaligen Kollegen aus Eigennutz grundlose Erklärungen machen würden, wonach „Nowitschok“ mit der angeblichen Vergiftung von Nawalny verbunden sei.

„Wenn es Versionen gibt, müssen auch Beweise vorhanden sein. Wir sind alle gebildete Menschen. Wenn man irgendwelche Versionen darlegt, muss bei jeder auch ein Satz mit den Belegen angeführt werden. Dann kannst du wählen und sagen, ob es mehr oder weniger der Wahrheit entspricht. Aber wenn es keine Beweise für die Vergiftungstheorie gibt, und bekannte russische Menschen – Mirsojanow und Uglew (ehemalige Kollegen von Rink, die die Version einer Vergiftung von Nawalny unterstützen – Anm. d. Red.), also bezahlte Menschen, nur so reden müssen, dann werden sie reden und bis zu ihrem Tode behaupten, dass es von Putin und seinen nahen Anhängern die Weisung gegeben hat, etwas in die Galoschen zu gießen.“

OPCW-Erklärung zum Fall Nawalny

Die OPCW hatte am Dienstag verkünden lassen, im Körper des russischen Bloggers sei eine Substanz entdeckt worden, die ähnliche Eigenschaften wie der Giftstoff „Nowitschok“ aufweise. Die Substanz sei jedoch nicht in die Liste der verbotenen Chemikalien aufgenommen worden.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, dass die Erklärung der OPCW bestätigt, dass Nawalny mit Hilfe einer Substanz der „Nowitschok“-Gruppe vergiftet worden sei, räumt aber ein, dass es sich dabei nicht um eine verbotene Substanz handle.

Nach Ansicht des russischen Außenministeriums wirkt die Geschichte um Nawalny nun „wie ein vorher geplantes konspiratives Szenario“.

Fall Nawalny

Der oppositionelle Blogger Alexej Nawalny wurde am 20. August in ein Krankenhaus im sibirischen Omsk gebracht, nachdem er in einem Flugzeug nach Moskau ohnmächtig geworden war. Örtliche Ärzte diagnostizierten bei Nawalny schwere Stoffwechselstörungen, deren Ursache unklar war. Giftspuren wurden weder im Blut noch im Urin nachgewiesen. Auf Drängen seiner Familie wurde Nawalny zur weiteren Behandlung in die Berliner Klinik Charité geflogen. Nach Angaben der Klinik wurde der Blogger am 22. September aus der stationären Behandlung entlassen. Sein Zustand sei zufriedenstellend, hieß es bei der Charité. Die Bundesregierung teilte unter Berufung auf Bundeswehr-Mediziner mit, dass bei Nawalny Spuren eines Nervengifts aus der „Nowitschok“-Gruppe festgestellt worden seien. Beweise wurden bislang nicht vorgelegt. Berlin zufolge wurden die Schlussfolgerungen deutscher

Experten in Labors in Schweden und Frankreich bestätigt. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen führe auf Berlins Anfrage eigene Ermittlungen durch, hieß es. Der Kreml gab bekannt, Berlin habe Moskau nicht über seine Erkenntnisse informiert. Das russische Außenministerium betonte, Russland warte auf eine Antwort Deutschlands auf eine offizielle Anfrage zu der Situation.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/19/327999558_0:161:3004:1786_1000x080_0_1_2d713f0ac848deaa6dfdc2772c2814ab.jpg

de.sputniknews.com: **Rumänien ruft seinen Botschafter aus Weißrussland zurück**

Rumänien hat seinen Botschafter in Weißrussland, Viorel Moşanu, zu Konsultationen zurückgerufen. Dies teilte der rumänische Außenminister Bogdan Aurescu am Freitag mit. „Wir haben beschlossen, unseren Botschafter in Weißrussland zu Konsultationen zurückzurufen, weil wir uns mit Litauen und Polen solidarisieren. Weißrussland muss verstehen, dass Druck auf EU-Länder auf diplomatischer Ebene einen Dialog nicht begünstigen wird“, schrieb Aurescu auf Twitter.

Zuvor hatte auch Bulgarien seinen Botschafter in Weißrussland, Georgi Wassilew, zu Konsultationen zurückgerufen. Das Außenamt in Sofia hatte diese Entscheidung mit der komplizierten Lage in Weißrussland erklärt.

Die Beziehungen Weißrusslands mit den EU-Ländern haben sich nach den Präsidentenwahlen vom 9. August in der Ex-Sowjetrepublik drastisch verschlechtert. Der Wahlleitung zufolge hatte der seit 26 Jahren regierende Alexander Lukaschenko mehr als 80 Prozent der Stimmen erhalten und sich zum sechsten Mal im Amt des Präsidenten bestätigen lassen. Die EU erkannte Lukaschenko nicht als legitimen Staatsherrn an. Die Opposition sieht Tichanowskaja als wahre Wahlsiegerin.

Am 2. Oktober schlug das weißrussische Außenministerium Polen und Litauen vor, die Zahl ihrer diplomatischen Vertreter in Minsk abzubauen – entsprechend von 50 auf 18 beziehungsweise von 25 auf 14 Mitarbeiter.

Danach drückte EU-Chefdiplomat Josep Borrell sein Bedauern im Zusammenhang mit dieser Forderung der weißrussischen Behörden aus. Seiner Ansicht nach widerspricht dies dem Dialog mit der EU und isoliert die Behörden Weißrusslands weiter.

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt, nämlich des Verbots zur Eröffnung des Feuers. Kämpfer der 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade der BFU haben von den Positionen im Gebiet von Opytnoje zwei Antipanzernkraketen auf das **Gelände des Donezker Flughafens** abgefeuert. Diese Waffe wurde von den BFU zu ersten Mal seit dem

Inkrafttreten des geltenden Waffenstillstands eingesetzt.

Einen weiteren Feuerangriff mit Antipanzergranatwerfern haben Kämpfer des 1. Bataillons der 56. Brigade in Richtung der **Eisenbahnstation „Donezk-Sewerskij“** durchgeführt.

Außerdem wurden auf den Positionen der 56. Brigade der BFU **in den Gebieten von Peski und Wodjanoje sieben Detonationen festgestellt.**

Der provokative Beschuss und die Detonationen auf den Positionen der BFU hängen mit der Arbeit von Vertretern einer litauischen Delegation unter Leitung des Botschafters der Republik Litauen in der Ukraine in den Verantwortungsbereichen der 54. und der 56. Brigade zusammen. Diese Beschießungen erfolgten, um die Einheiten der Volksmiliz zur Erwidern des Feuers zu provozieren und sie der Verletzung des geltenden Waffenstillstands zu beschuldigen. Außerdem versucht das ukrainische Kommando mit solchen Methoden die Notwendigkeit des Erhalts einer weiteren Partie militärisch-technischer Hilfe zu begründen. Diese Sachverhalte wurden im Rahmen des Koordinationsmechanismus operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um mögliche Beschuldigungen der Volksmiliz bezüglich Provokationen zu verhindern.

Seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, im Zeitraum vom 27. Juli bis 9. Oktober 2020, **wurden 179 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt**, darunter:

76-mal hat der Gegner Feuerprovokationen begangen.

25-mal haben Einheiten der 54. mechanisierten Brigade, der 56. Panzergrenadierbrigade und der 35. Marineinfanteriebrigade Drohnen eingesetzt.

Außerdem wurden 78 Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen von Einheiten der 53. und 54. mechanisierten Brigade, der 35. und 36. Marineinfanteriebrigade, der 79. Luftsturmbrigade und der 56. Panzergrenadierbrigade bemerkt.

Die ukrainischen Kämpfer nutzen die Geltung der Zusatzmaßnahmen zur faktischen Verbesserung ihrer Positionen. So haben Beobachter der OSZE-Mission seit dem 27. Juli die Ausrüstung von 16 Feuerstellungen und 35 Schützengräben mit einer Gesamtlänge von mehr als vier Kilometern in den Gebieten von Nowoluganskoje, Starognatowka, Nowomichajlowka, Schumy, Nowgorodskoje, Tschermalyk, Pischtschewik, Wodjanoje, Gnutowo, Bogdanowka festgestellt. Die Daten wurden anhand der Berichte der OSZE-Mission vom 27. Juli bis heute zusammengefasst.

In der letzten Woche haben Kämpfer der BFU der 36., 56., 54. und 35. Brigade 15 **Feuerprovokationen in Richtung Leninskoje, Dershinskoje, Spartak, Kominternowo und Donezk** begangen und damit den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zur Eröffnung des Feuers.

Außerdem haben unsere Beobachter **13 Detonationen** auf den Positionen der 35., 54. und 56. Brigade der BFU bemerkt.

Gleichzeitig haben die ukrainischen Kämpfer die **Taktik des Inbrandsetzens von trockenem Gebüsch** fortgesetzt.

Zuvor hatten wir Ihnen Videobilder einer vorsätzlichen Inbrandsetzung von trockenem Gras durch Kämpfer der 24. Brigade unter Nutzung einer Drohne des Typs „Phantom“ und durch Kämpfer der 79. Brigade durch Flaschen mit einem brennbaren Gemisch vorgestellt. Solche Handlungen schaffen eine direkte Gefahr nicht nur für die Einwohner des Donbass, sondern auch für die ukrainischen Kämpfer selbst.

Infolge unbedachter Handlungen ukrainischer Soldaten wurden in der letzten Woche im Verantwortungsbereich der 35. Brigade vier Fälle von Bränden von trockenem Gras festgestellt. Mehr noch, bei technischen Arbeiten in den Gebieten von Schumy, Sajzewo, Majorskoje und Trawnwoje haben „Marineinfanteristen“ unter Wetterbedingungen, die eine Brandgefahr verursachen, Sprengstoff eingesetzt.

Infolge von Bränden hat sich das Kommando der 35. Brigade erfolgreich gegenüber dem Stab der OOS gerechtfertigt, indem es zwei Lastwagen SL-131, einen vom Typ GAS-66, einen vom Typ URAL-4320, einen vom Typ UAS-452A, ein leichtes Fahrzeug Renault Megane sowie eine Tankstation ARS-14 abgeschrieben hat. Abgeschrieben wurden auch 35 Helme und 45 Panzerwesten.

Die OSZE-Mission bestätigt weitere Fälle der **Stationierung von Waffen und Technik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ist. In der letzten Woche hat der Gegner acht Stück Waffen von Militärtechnik stationiert:

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Mörser des Kalibers 120mm in der Nähe von Polkowoje;

aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Fahrzeug in der Nähe von Awdejewka;

aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in Nowobachmutowka;

ein Schützenpanzerwagen in Majorsk;

aus dem Bestand der 56. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Fahrzeug in einer Sommerhaussiedlung in Galizinowka;

aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in Beresowoje;

ein Schützenpanzerwagen in Karlowka.

Außerdem wurde die Stationierung von drei Abwehrgeschützen „Strela-10“ in einem Wohngebiet am Rand von Mariupol bemerkt. Örtliche Einwohner haben uns mitgeteilt, dass Kämpfer der 36. Brigade ein Wohnhaus eines örtlichen Einwohners besetzt haben und die Abwehrraketenkomplexe in Wirtschaftsgebäuden stationiert haben, nachdem sie deren Dächer demontiert hatten, um Schüsse abgeben zu können.

Um die Entdeckung von technischen Arbeiten und der stationierten Waffen zu verhindern, haben Kämpfer der 35. und 36. Brigade der BFU Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von Kompanien der elektronischen Kriegsführung der Verbände eingesetzt, um die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in Richtung Gorlowka im Gebiet von Iwanopolje und in Richtung Mariupol im Gebiet von Schirokino zu blockieren.

Nach Angaben unserer Aufklärung betrogen die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners in der letzten Woche acht Mann, darunter drei Tote:

3. Oktober – ein Kämpfer der 35. Brigade, der Matrose Paniot, erlitt bei Schießübungen eine Schussverletzung;

4. Oktober – ein Soldat der 54. Brigade starb, weil er von Kameraden von einem fahrenden Zug geworfen wurde;

die Oberfeldwebelin Didenko wurde bei gewaltsamen Handlungen von Seiten von Soldaten der 24. Brigade der BFU verletzt;

5. Oktober – bei der Entfachung von Feuer unter Nutzung von Benzin erlitt der Soldat der 35. Brigade, der Matrose Kusub, zahlreiche Brandwunden;

im Gebiet von Pischtschewik starb der Soldat der 36. Brigade, der Matrose Teleshenkow, als er auf eine Antipersonenmine geriet;

6. Oktober – der Soldat des 23. Bataillons der 56. Brigade Feldwebel A.W. Lukoschko erlitt zahlreiche Kopfverletzungen und einen Bruch am rechten Arm, als er von seinen Kameraden auf den Positionen im Gebiet von Peski verprügelt wurde;

7. Oktober – infolge des Geratens auf eine Antipersonenmine im Gebiet von Krasnogorowka starb der Soldat Dulin, ein weiterer Soldat, Jessipow erlitt Detonationsverletzungen.

Außerdem haben in der letzten Woche zwei Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade, die

Obermatrosen Moros und Sadowoj, die Positionen der bewaffneten Formationen der Ukraine eigenmächtig verlassen.

So verheimlicht das Kommando der bewaffneten Formationen der Ukraine weiter nicht kampfbedingte Verluste. In dem genannten Zeitraum wurde in den offiziellen Erklärungen der ukrainischen Seite kein einziger Fall von Verlust in den Verbänden der OOS angegeben. Es ist bemerkenswert, dass die ukrainische Militärführung nur dann Fälle von Verletzungen bei ihrem untergebenen Personal mitteilt, wenn die Volksmiliz fälschlich beschuldigt werden muss.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ist durch die entstandene Situation im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der BFU beunruhigt.

Es bestätigen sich Informationen, dass in dem Verband die Zahl der Soldaten, die mit dem Fehlen von Geldmitteln für die Umsetzung des Befehls des Verteidigungsministeriums der Ukraine Nr. 330 „Über die Einhaltung eines vollständigen und allumfassenden Regimes der Feueinstellung“ unzufrieden sind. So ist die Empörung im 46. Bataillon „Donbass“ der 54. Brigade zu offener Sabotage der Befehle des Kommandos übergegangen solange bis die Soldaten nicht das versprochene Geld erhalten.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodal bei einer Inspektion der Einheiten im Verantwortungsbereich der 54. Brigade in Antwort auf die zahlreichen Beschwerden den Untergebenen versprochen, sich persönlich darum zu kümmern und die Auszahlung über mobile Banken zu organisieren.

Heute, am 9. Oktober, ist auf Anweisung von Soldol die **Arbeit der ukrainischen Fernsehsender „5. Kanal“ und „112. Kanal“ unter Leitung von Presseoffizieren des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“** im Gebiet von Awdejewka geplant. Die Propagandisten werden Videoreportagen erstellen, die die Umsetzung der Anweisungen der Verteidigungsbehörde der Ukraine über die Belobigung der Soldaten für das „Regime der Ruhe“ demonstrieren. Zum Drehen der Reportagen wird eine mobile Einheit der Donezker Oblastabteilung AO „Oschtschadbank“ herangezogen, bei der die Soldaten demonstrativ die versprochenen Prämien erhalten werden.

Unsere Quellen bestätigen Informationen über die **Beteiligung von Soldaten der Ukraine und von Mitarbeitern des SBU an Aufklärungsaktivitäten gegenüber den benachbarten Staaten Rumänien und Ungarn.**

Es wurden Einzelheiten der Arbeit des ehemaligen Einsatzleiters der Donezker Grenzschutzabteilung P.P. Dubinskij im Interessen von Mitarbeitern des SBU bekannt. Als Leiter des Grenzpassierpunkts „Djakowo“ wurden über Dubinskij unbehindert geheime Dokumente, die von Agenten von Spezialdiensten der Ukraine auf dem Territorium Rumäniens gestohlen worden waren, weitergegeben. In den Dokumenten sind Informationen über die Lage von militärischen Objekten und Objekten der zivilen Infrastruktur auf den Territorien Rumäniens und Ungarns enthalten. Für die durchgeführte Arbeit erhielt Dubinskij eine Summe zwischen 30.000 und 60.000 Griwna.

Außerdem haben wir in der letzten Woche zuverlässige Informationen über die **Einnischung des offiziellen Kiew in den armenisch-aserbaidtschanischen Konflikt** erhalten.

Im Verteidigungsministerium der Ukraine meint man, dass die militärisch-technische Hilfe an Aserbaidtschan dem Kampf gegen die Russische Föderation nutzt.

Als derartige Hilfe hat die ukrainische Führung eine Partie Antipanzerkettenkomplexe „Stugna-P“ und 14 Schützenpanzerwagen nach Aserbaidtschan geliefert. Außerdem ist das Interesse für eine Teilnahme gegen eine Geldzahlung bei den Nationalisten der terroristischen Organisationen „Rechter Sektor“ und „Nationales Korps“ gestiegen. 58 Nationalisten haben ihre vorläufige Zustimmung zur Abreise nach Aserbaidtschan gegeben. Seit dem 6. Oktober wurden zwei Flüge militärischer Transportflugzeuge zwischen der Ukraine und Aserbaidtschan bemerkt.

Außerdem wurde bekannt, dass das ukrainische Unternehmen „Ukrspezexport“, das zur

staatlichen Korporation „Ukroboronprom“ gehört, militärische Lieferungen mit dem türkischen Motorschiff „Cenk Y“ in den Hafen „Songutulak“ (Türkei) geliefert hat. Es wurde festgestellt, dass in der Lieferung Ersatzaggregate, Bauelemente und Ausrüstung für Hubschrauber Mi-17-1B mit einem Gesamtwert von 780.000 Dollar enthalten waren. Die Türkei tritt in dem Konflikt auf der Seite Aserbaidschans auf und leistet neben der Lieferung eigener Waffen Hilfe beim Wiederaufbau des Flugzeugparks der aserbaidischen Streitkräfte, von dem ein großer Teil aus Hubschraubern sowjetischer oder russischer Produktion besteht, über die Ukraine.

In der letzten Woche ging der **Wettbewerb junger Journalisten „Der Donbass im Objektiv“**, der von der Volksmiliz gemeinsam mit dem Informationsministerium der Donezker Volksrepublik durchgeführt wurde, zu Ende. An dem Wettbewerb nahmen junge Journalisten der Republik teil – nicht nur hauptberufliche sondern auch Schüler von Schulen und Hochschulen der Republik, die mindestens 16 Jahr alt sind. Die Teilnehmer, deren Arbeiten auf die Jury einen besonderen Eindruck machten, wurden mit speziellen Preisen ausgezeichnet.

Das Informationsministerium und die Volksmiliz der DVR gratuliert den Preisträgern des Wettbewerbs, wünscht schöpferisch Erfolge und nicht beim Erreichten stehen zu bleiben.

de.sputniknews.com: **Notstand für Kirgisistans Hauptstadt Bischkek ausgerufen**

Der kirgisische Präsident Sooronbai Dscheenbekow hat am Freitag den Notstand über die Hauptstadt Bischkek verhängt. Dies teilte der Pressedienst des Staatschefs gegenüber Sputnik mit.

Der Notstand tritt demnach an Freitag um 20.00 Uhr Ortszeit (16.00 Uhr MESZ) in Kraft und gilt bis 21. Oktober um 08.00 Uhr (04.00 Uhr MESZ). Darüber hinaus sei geplant, eine Ausgangssperre zu verhängen und die Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen.

Einzelnen Einwohnern von Bischkek könnte demgemäß verboten werden, die Häuser zu verlassen. An üblicherweise besonders belebten Stellen in der Stadt würden die Papiere geprüft. Dscheenbekows Verordnung zufolge wurde Vize-Innenminister Almasbek Orosalijew zum Kommandanten der Stadt ernannt.

Mit der Maßnahme will der Staatschef die Unruhen nach der Parlamentswahl in den Griff bekommen. Wegen der Massenproteste sei die Lage im Land derzeit „mit Gewalt und Bedrohung für das Leben und die Gesundheit der Bürger“ verbunden. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/07/328098214_0:174:3015:1805_1000x080_0_1_2ba2c48df1ff7b9e3c5642d388626fd5.jpg

de.sputniknews.com: **Europäische Union will Sanktionsliste gegen Belarus erweitern**

Die EU-Außenminister beabsichtigen laut einer Quelle in der EU, bei ihrem Treffen am 12.

Oktober den Beginn der Aktivitäten zur Erweiterung der Liste der Einzelsanktionen gegen Belarus bekanntzugeben.

„Höchstwahrscheinlich werden die Minister die Schlussfolgerungen zu Belarus akzeptieren, das kann ich aber nicht garantieren. Wir werden unsere Stellung wiederholen, dass Lukaschenko kein legitimer Wahlsieger ist. Es wird angekündigt, dass wir an einer neuen Sanktionsliste arbeiten. Wir bestehen jedoch weiterhin auf einem Dialog in Belarus“, so die Quelle.

Die Beziehungen von Belarus zu den EU-Ländern hatten sich nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August, bei denen Lukaschenko nach Angaben der Zentralen Wahlkommission zum sechsten Mal gewann, stark verschlechtert. Die Opposition der Republik betrachtet Tichanowskaja als gewählte Staatschefin. Die Europäische Union hat Lukaschenko nicht als legitimen Präsidenten von Belarus anerkannt. Nach den Wahlen gehen die Massenproteste im Land weiter.

Nach der Veröffentlichung in einer offiziellen Zeitschrift führte die Europäische Union zusätzliche Einzelsanktionen gegen belarussische Beamte ein, die der Gewalt gegen Demonstranten und der Fälschung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. August beschuldigt werden. Insgesamt sollen 40 Personen unter die Sanktionen fallen, darunter hauptsächlich Sicherheitsbeamte und Vertreter der Wahlgremien von Belarus. Lukaschenko sei nicht in die EU-Sanktionslisten aufgenommen worden.

Das belarussische Außenministerium erklärte seinerseits, Minsk erstelle eine Liste mit Gegensanktionen, die jedoch nicht „in Übereinstimmung mit der etablierten zivilisierten diplomatischen Praxis“ veröffentlicht werde.

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. Oktober 2020

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer zweimal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung verletzt.

In Richtung **Popasnaja** wurden von den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Solotoje-4 nicht zielgerichtete Beschüsse mit Schusswaffen in Richtung **Solotoje-5** abgegeben.

In Richtung **Swetlodarsk** haben Kämpfer einen Granatwerfer eingesetzt und zwei Schüsse in Richtung **Losowoje** abgegeben.

Außerdem wurden in der Folge von technischen Arbeiten zwei Detonationen auf den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Solotoje-4 festgestellt, ebenfalls in Richtung Staniza Luganskaja im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 25. Brigade im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja wurde von Vertretern der LVR im GZKK eine Detonation festgestellt.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten**, was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt.

In der letzten Woche wurde folgende Stationierungen von getarnter Militärtechnik der ukrainischen Besatzer entdeckt:

aus dem Bestand der 14. Brigade – zwei Panzerfahrzeuge und ein militärisches Baugerät in der Nähe von Trechisbjenka;

aus dem Bestand der 25. Brigade – zwei Abwehrraketenkomplexe „Osa“ in Rajgorodka und zwei Schützenpanzer im Gebiet von Stschastje;

aus dem Bestand der 30. Brigade – zwei Panzer in Spornoje, zwei Panzerfahrzeuge in Katerinowka; ein Schützenpanzer in der Nähe von Solotoje und drei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowoswanowka.

Der Gegner vermint weiter das Territorium. In der letzten Woche wurden 13 Antipanzerminen entdeckt, die in zwei Reihen quer über eine Landstraße im Gebiet von

Luganskoje im Verantwortungsbereich der 24. Brigade installiert sind, und 36 Antipanzerminen, die in drei Reihen quer über eine Straße im Gebiet von Stschatje im Verantwortungsbereich der 25. Brigade installiert sind.

Außerdem nutzt das ukrainische Kommando das Regime der Feuereinstellung zu faktischen Verbesserung seiner Positionen. Dazu stellen wir hier ein Video zur technischen Ausrüstung von Positionen der ukrainischen Streitkräfte vor.

<iframe width="713" height="401" src="https://www.youtube.com/embed/M5nHxjUo5hU" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/M5nHxjUo5hU>

Weiterhin kommen Mittel der elektronischen Kriegsführung zur **Blockade von OSZE-Drohnen** zum Einsatz. ...

Vertreter des Hochkommissars der UN für Menschenrechte arbeiten vom 8. bis 9. Oktober im Verantwortungsbereich der 14. Brigade, die der Kriegsverbrecher Wojtschenko kommandiert. Die Arbeit der UN-Vertreter ist mit zahlreichen Beschwerden von Einwohnern der von der Ukraine kontrollierten Ortschaften über den hohen Level der Kriminalität der BFU gegenüber der friedlichen Bevölkerung des Donbass verbunden, die weiterhin Leben und Gesundheit friedlicher Bürger gefährden.

So haben Bürger von Prischib, Slawjanoserbsk und Stepnoje den UN-Vertretern zahlreiche Fälle von Gewalt und Raub durch Soldaten der BFU mitgeteilt, die niemand verfolgt. Es gibt Beschwerden über Rechnungen für kommunale Dienstleistungen, die weiter bei den Besitzern von Häusern eingehen, wo bereits seit einigen Jahren ukrainische Kämpfer wohnen, die sich eigenmächtig dort einquartiert haben. Einen besonderen Akzent setzten die örtlichen Einwohner auf die Stationierung von Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und sozialen Objekten von Ortschaften der Ukraine, was systematisch von OSZE-Berichten bestätigt wird. ...

Die militärisch-politische Führung der Ukraine unternimmt keine wirksamen Maßnahmen zur Beseitigung der Brände auf dem von der Ukraine kontrollierten Teil der Oblast Lugansk. Stümperhafte Aktivitäten zur Löschung von Bränden schaffen die Voraussetzungen für das Aufkommen einer groß angelegten humanitären Katastrophe in dieser Region des Landes.

Nach Information einer Quelle im Stab der 14. Brigade hat das Kommando angeblich mit der Evakuierung von militärischem Material von einem Feldartillerielager im Gebiet von Borowenki im Zusammenhang mit der möglichen Detonation der Artillerie- und Panzergeschosse begonnen. Die Maßnahmen zur Evakuierung der Munition sind durch das Fehlen einer ausreichenden Zahl funktionsfähiger Fahrzeuge und von Treibstoff, der nach den Buchhaltungsdokumenten vorliegt, erschwert.

Außerdem gehen die Brände im Verantwortungsbereich der 25. Brigade weiter, wo die Arbeit von Korrespondenten des ukrainischen Fernsehsenders „5. Kanal“ festzustellen ist, die eine Videoreportage erstellen, um die Einheiten der Volksmiliz der vorsätzlichen Brandstiftung von Gras zu beschuldigen, um die Positionen der BFU zu vernichten.

Um das Leben, die Gesundheit und den Besitz der auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium lebenden Bürger zu bewahren, ruft die Volksmiliz die Bürger auf, wachsam zu sein und warnt vor der ernststen Gefahr beim Brand von Lagern der ukrainischen Streitkräfte, in denen Panzer- und Artilleriemunition gelagert wird.

Wie wir bereits berichteten, wurden die Brände, die der zivilen Infrastruktur der Lugansker Oblast erheblichen Schaden zu fügen, durch die kriminellen Aktivitäten der ukrainischen Strafruppen provoziert, die zielgerichtet trockenes Gras an der Kontaktlinie in Brand setzen. Die Kämpfer der BFU hofften, dass der Brand den Soldaten der Volksmiliz und den friedlichen Einwohnern der LVR schadet. Aber der starke Wind und die Dummheit der ukrainischen Soldaten führten zu einem direkt entgegen gesetzten Effekt – sie setzten ihre

eigenen Positionen in Brand und auch die zivile Infrastruktur der zeitweilig von der Ukraine besetzten Territorien erlitt erhebliche Schäden.

Dadurch wurden **vom 30. September bis 1. Oktober im Verantwortungsbereich der 30. Brigade im Gebiet von Loskutowka fünf Beobachtungspunkte der ukrainischen Streitkräfte und etwa 20 km Kommunikationsleitungen vernichtet**, es gab Detonationen auf Minenfeldern mit Antipanzermijnen. ...

Im Verantwortungsbereich der 25. Brigade im Gebiet von Wojtowo wurde ein Beobachtungspunkt, ein Kompaniestützpunkt der Strafruppen, zwei Nachtsichtgeräte, acht km Kommunikationsleitung vernichtet. ...

Insgesamt kamen 48 Soldaten der BFU mit Brandwunden und Rauchgasvergiftungen in medizinische Einrichtungen. Acht Kämpfer starben, darunter der Offizier der 30. Brigade S.A. Onischtschenko...

deu.balta.by: **„Destruktivität dieser Bewegung liegt auf der Hand“: Lukaschenko spricht über neue Taktik der Straßenproteste**

Nachdem der Staat das Szenario der Buntrevolution ruiniert hat, hat er die Situation im Griff. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in der Besprechung zu aktuellen Fragen im Palast der Unabhängigkeit.

„Nach dem wir das Szenario der Buntrevolution ruiniert haben, kontrollieren wir im Großen und Ganzen die Lage, dürfen uns aber nicht beruhigen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Wir sind gegen neue Destabilisierungsversuche nicht gesichert. Sie warten entweder ab oder eine neue Etappe dieser Buntrevolution beginnt“, sagte Alexander Lukaschenko.

Gleichzeitig bemerkte er, dass die Staatsstrukturen schon an die Straßenaktionen gewöhnt sind, so dass sie diese nicht mehr ernst nehmen. „Das sind auch Technologien, mit denen man unsere Wachsamkeit abstumpfen und neue, radikale Proteste organisieren will. Die Proteste haben wirklich nachgelassen. Sie haben auch an Radikalität gewonnen. Diese Radikalen (es betrifft in erster Linie Minsk) versuchen, Neugierige, Jugendliche, Kinder zu provozieren. Sie wechseln ständig ihre Taktik ab. Jemandem fehlt es deutlich an Blut und sakralen Opfern“, erklärte der Präsident.

Die Ex-Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja konnte zum dem Opfer fallen. Die Frau wurde aber auf ihre Bitte rechtzeitig nach Litauen ausgeführt, erinnerte er.

„Wir sehen auch eine andere Seite: Die Menschen in Minsk haben verstanden, was sie verlieren können. Dasselbe betrifft auch Grodno und Brest. Sie haben alle Vorteile dieser Straßendemokratie an sich selbst erfahren, indem sie in kilometerlange Staus gerieten. Die Eltern können ihre Kinder wegen der Schreie auf den Straßen nicht ins Bett bringen. Die Destruktivität dieser Bewegung liegt auf der Hand. Sie setzen sich offiziell für einen Dialog ein und beharren selbst auf unerfüllbaren Forderungen“, betonte der Präsident.

Das Staatsoberhaupt stellte fest, dass die Protestierenden ihre Kundgebungen friedlich nennen, hetzen aber gleichzeitig die Anhänger gegen die Behörden auf, bedrohen die Staatsbeamten, Militärangehörigen und deren Familien mit Gewalt. Es sollte aber keine unnötige Gewaltanwendung geben. Der Präsident bat einen Teil der Minsker um Verzeihung und Geduld.

Die Protestierenden plädieren für Wohlstand im Land, wollen aber die belarussische Wirtschaft zusammenbrechen lassen. Auf solche Weise rechnen sie damit, dass ihre Vorschläge unter schlimmeren Wirtschaftsverhältnissen unterstützt werden. Das sei eine dumme Taktik, bemerkte der Präsident.

Alexander Lukaschenko wies auf die Arbeit der Sicherheitsdienste hin. „Die Rechtspflegeorgane wissen zu arbeiten, haben sich an die Situation angepasst, bewahren Ausdauer, Ruhe und vernünftige Flexibilität. Die Sicherheitsdienste müssen in erster Linie gesetzestreue Bürger verteidigen. Gesetzestreue Menschen dürfen keine Klagen gegen uns

haben. In dem Sinne rechne ich mit genauer und adäquater Reaktion der Sicherheitsdienste. Es ist unzulässig, wenn Protestierende die Militärangehörigen mit Steinen, Pflastersteinen, Stöcken bewerfen“, unterstrich der Präsident.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1602247675_53144_big.jpg

de.sputniknews.com: **US-Geheimdienst warnt Kongress vor russischem und chinesischem Einfluss**

Der Direktor des US-Geheimdienstes John Ratcliffe hat die Kongressmitglieder darüber informiert, dass der ausländische Einfluss auf den Kongress viel umfassender ist als bisher angenommen. China soll demnach hinter den meisten Kampagnen stecken, berichtet die Zeitung „The Hill“ unter Berufung auf eigene Quellen.

Im vergangenen Monat soll Ratcliffe den Gesetzgebern hinter verschlossenen Türen mitgeteilt haben, dass diese aufkeimende Bedrohung durch ausländischen Einfluss von den üblichen Verdächtigen ausgeübt werde: China, Russland und dem Iran. Dabei soll er darauf hingewiesen haben, dass Peking „der wichtigste Aggressor“ sei, so die Zeitung.

Die Anzahl der Kongressmitglieder, gegen die Kampagnen mit ausländischem Einfluss gerichtet gewesen seien, könnte zwischen zehn und 50 liegen. Welche Kongressabgeordneten die Ziele sind, habe der Direktor nicht konkretisieren wollen.

„Die [Geheimdienstgemeinschaft] ist sich bewusst geworden, dass chinesische [Wahl-] Einflussoperationen gegen Kongressmitglieder etwa sechsmal so häufig sind wie russische und zwölftmal so häufig wie iranische“, schilderte der Geheimdienstmitarbeiter gegenüber „The Hill“.

Mit dem Interventionsversuch aus China könnte Ratcliffe unter anderem auch seine Versuche meinen, Lobbying für Kongressabgeordnete zu betreiben, um eine bestimmte Agenda zu unterstützen.

US-Geheimdienste verdächtigen Russland, China und den Iran, sich in die Wahlen 2020 in den USA einmischen zu wollen. Moskau hat jegliche Vorwürfe hinsichtlich der Wahleinmischung wiederholt entschieden zurückgewiesen.

lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat dem Gesundheitsministerium der LVR 25 Mio. Rubel für den Kauf für Medikamente gegen die Coronavirusinfektion und gegen Lungenentzündung, für antibakterielle Präparate und individuelle Schutzmittel zugeteilt.

„Um ein zuverlässiges Funktionieren des Gesundheitswesens der LVR aufrechtzuerhalten hat das Republikoberhaupt Leonid Pasetschnik dem Gesundheitsministerium zusätzlich 25 Mio. Rubel zum Kampf gegen die neue Infektion und virale Lungenentzündungen zur Verfügung gestellt. Von den Mitteln werden Medikamente zur Behandlung dieser Krankheiten,

antibakterielle Präparate, individuelle Schutzmittel gekauft werden. Außerdem werden Laboratorien für die Durchführung von PZR-Tests eingerichtet“, heißt es in einer Mitteilung des Pressedienstes des Staatsoberhauptes. ...

de.sputniknews.com: **US-Politiker nennt Ziele der Zusammenarbeit zwischen CIA und Nawalny**

Die CIA arbeitet laut dem US-Politiker Greg Butterfield mit Alexej Nawalny zusammen, um pro-westliche Proteste in Russland gegen den Vorfall mit seinem Krankenhausaufenthalt zu provozieren.

Der amerikanische Geheimdienst benutze „Oppositionelle“ in verschiedenen Ländern, um ihre imperialistischen Ziele zu verwirklichen, sagte er in einem Interview mit „The Capital News“.

„Vom Sturz von Mossadegh im Iran, Sakarno in Indonesien, Allende in Chile bis heute: Washington war 2013-2014 auf verschiedene Weise direkt an der Maidan-Bewegung in der Ukraine beteiligt (...). Viele vermuten eine US- Beteiligung an den Ereignissen in Belarus und dem Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Nawalny ist nur eine andere Spielfigur in ihrem Schachspiel“, so der Politiker.

Dennoch glaubt Butterfield, dass westliche Geheimdienste „mit Hilfe von Nawalny“ keine Proteste auslösen könnten, da er nicht viel Vertrauen im Land habe.

Dies ist nach seiner Meinung ein „langes Spiel“, um Nawalnys Ruf und Bekanntheit im Westen als Anti-Putin-Symbol zu stärken. Man könnte den Nawalny-Fall vor den Internationalen Strafgerichtshof, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder andere solche Gremien bringen. Dies könnte für Washington und die EU für künftige Kriegsbewegungen gegen Russland und wirtschaftliche Sabotage nützlich sein, fügte er hinzu.

...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1c/328019480_0:0:1984:1073_1000x0_80_0_1_c76fa15902c2abebf6bced816cdecec5.jpg

de.sputniknews.com: **„Es gibt keinen Status quo mehr“ – Aserbaidschans Präsident über Lage um Bergkarabach**

Dem aserbaidshischen Präsidenten Ilham Alijew zufolge gibt es um die Region Bergkarabach keinen Status quo mehr.

Der aserbaidshische Staatschef betonte, dass sein Land Jerewan die „letzte Chance“ gebe, die armenischen Truppen aus Bergkarabach abzuziehen und zum Format der Verhandlungen zurückzukehren. Er fügte außerdem hinzu, dass es in der Region aktuell Kämpfe „in allen Richtungen“ gebe und dass die Streitkräfte Aserbaidschans „ihre Positionen stärken“.

„Wir zwingen den Okkupanten zum Frieden. Wir haben ihnen gezeigt, dass wir sowohl auf dem Gefechtsfeld als auch am Verhandlungstisch besser abschneiden. Sie haben unsere Stärke und unseren Willen gesehen. Keine einzige Kraft kann uns vom Wege abkommen lassen.“

Kein einziges Land kann unseren Willen beeinflussen“, sagte Alijew in seiner Ansprache an das aserbaidische Volk.

Falls der armenische Außenminister Sohrab Mnazakanjan bei den Beratungen in Moskau Karabach als Teil Armeniens bezeichne, könne von Gesprächen zwischen Baku und Jerewan keine Rede sein, so Alijew.

Gleichzeitig betonte der aserbaidische Präsident, dass das heutige Treffen in Moskau „Vieles klären“ und die Grundsätze für die Lösung des Konflikts festlegen solle.

Beratungen in Moskau

Derzeit laufen in Moskau Gespräche zwischen den Außenministern Russlands, Armeniens und Aserbaidschans über die Lage in der Region Bergkarabach. Am Tag zuvor lud der russische Präsident Wladimir Putin die Diplomaten der am Konflikt beteiligten Länder zu Konsultationen nach Russland ein. Das Staatsoberhaupt Russlands forderte die Konfliktparteien zudem auf, die Kampfhandlungen einzustellen, um Gefangene und Leichen der Gefallenen auszutauschen.

Eskalation im Südkaukasus

Zwischen Armenien und Aserbaidschan kam es Ende September zu schweren militärischen Auseinandersetzungen, die seitdem andauern. Auf beiden Seiten gibt es inzwischen Tote und Verletzte zu beklagen. Baku und Jerewan machen sich gegenseitig für die Verschärfung der Lage verantwortlich. Armenien rief wegen der Zuspitzung den Kriegszustand und eine allgemeine Mobilmachung aus. Das aserbaidische Parlament beschloss ebenfalls, in einigen Städten und Regionen das Kriegsrecht auszurufen.

Die Staatsoberhäupter Russlands, der USA und Frankreichs – die Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe für Bergkarabach – riefen die Konfliktseiten zur unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen auf. Die Präsidenten Wladimir Putin, Donald Trump und Emmanuel Macron sprachen den Familien der getöteten und verletzten Soldaten ihr Beileid aus.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328053318_0:115:1899:1143_1000x0_80_0_1_cceb05ba15019310d4ce5929a132d716.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Lawrow: Deutschland vernachlässigt völkerrechtliche Verpflichtungen im Fall Nawalny**

Aufgrund mangelnder Fakten könne Russland keine Nachforschungen im Fall Nawalny anstellen – Deutschland reagiere aber nicht auf Anfragen der russischen

Generalstaatsanwaltschaft, kritisierte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Freitag. Auf der Pressekonferenz nach seinem Treffen mit dem dänischen Außenminister erklärte

Lawrow, dass Beweise im Fall Nawalny, genau wie im Fall Skripal, höchstwahrscheinlich nicht vorgelegt werden. Die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel wiesen eine negative Tendenz auf, die EU handle ohne Gerichtsverfahren oder Ermittlungen, indem sie Russland mit Sanktionen drohe, so Lawrow. Dabei spiele Deutschland eine wesentliche Rolle.

„Der Kollege hat heute in den Verhandlungen und auch jetzt über die Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechts gesprochen, wir sind voll und ganz damit einverstanden. Leider vernachlässigt Deutschland seine völkerrechtlichen Verpflichtungen. Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat vier Anfragen an Deutschland gestellt, die dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen entsprechen“, sagte Lawrow nach Gesprächen mit seinem dänischen Amtskollegen.

„Demgemäß müssen Antworten gegeben werden, stattdessen hören wir Ausreden und Erklärungen, dass Russland dieses Verbrechen selbst untersuchen sollte. Ohne Fakten können wir aber keinen Fall untersuchen“, betonte er.

Am Montag soll der EU-Außenministerrat den Fall Nawalny besprechen und über weitere Maßnahmen entscheiden. „Wir hören Ankündigungen, Drohungen und Warnungen, dass Sanktionen verhängt werden. Bestimmte Personen sind bereits aufgezählt, die für die Vergiftung von Alexej Nawalny bestraft werden sollen. Wir sind nicht länger überrascht, dass die EU ohne Gerichtsverfahren und Ermittlungen handelt. Wir müssen eine Untersuchung durchführen, aber es werden keine Fakten vorgelegt, beispielsweise seitens Deutschlands“, so der russische Außenminister. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32634/52/326345228_0:175:3072:1837_1000x0_80_0_1_c2004417664051784ffb1488e0c2f457.jpg

de.sputniknews.com: **Russlands Vizeaußenminister trifft sich mit Frankreichs Botschafter – Fall Nawalny auf Agenda**

Russlands Vizeaußenminister Wladimir Titow hat sich am Freitag mit dem Botschafter Frankreichs in Moskau, Pierre Levy, getroffen, teilte das Außenamt nach der Unterredung mit. Bei dem Gespräch äußerte Titow Befremden über die jüngste gemeinsame Erklärung der Außenminister Deutschlands und Frankreichs zur Situation um den oppositionellen russischen Blogger Alexej Nawalny.

„Der Inhalt und der Ton dieser Erklärung sind nicht akzeptabel“, betonte der russische Diplomat. „Die Erklärung läuft der realen Sachlage vor dem Hintergrund der fehlenden Bereitschaft dieser Länder zuwider, den zuständigen russischen Strukturen Informationen zur Verfügung zu stellen.“

Die Seiten erörterten auch einige Fragen der bilateralen Beziehungen. Dabei wurde auf das Potenzial beim Zusammenwirken zwischen Russland und Frankreich in Politik, Wirtschaft, Kultur und im humanitären Bereich hingewiesen.

Darüber hinaus tauschten sich die Gesprächspartner über aktuelle Probleme der

internationalen Tagesordnung aus, darunter über die Lage in Bergkarabach im Südkaukasus. Titow und Levy wiesen auf die große Bedeutung der jüngsten Initiative von Russlands Präsident Wladimir Putin hin, alle Kampfhandlungen in der Region unverzüglich einzustellen. Das Treffen habe auf Initiative der französischen Seite stattgefunden, hieß es. ...